

## Steuern zahlen? (Matthäus 22, 15-22; 23. So. n. Trin. I)

Eine Predigt von Bernhard Kaiser

---

<sup>15</sup>Da gingen die Pharisäer hin und hielten Rat, wie sie ihn in seinen Worten fangen könnten; <sup>16</sup>und sandten zu ihm ihre Jünger samt den Anhängern des Herodes. Die sprachen: Meister, wir wissen, daß du wahrhaftig bist und lehrst den Weg Gottes recht und fragst nach niemand; denn du achtest nicht das Ansehen der Menschen. <sup>17</sup>Darum sage uns, was meinst du: Ist's recht, daß man dem Kaiser Steuern zahlt, oder nicht? <sup>18</sup>Als nun Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? <sup>19</sup>Zeigt mir die Steuermünze! Und sie reichten ihm einen Silbergroschen. <sup>20</sup>Und er sprach zu ihnen: Wessen Bild und Aufschrift ist das? <sup>21</sup>Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da sprach er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! <sup>22</sup>Als sie das hörten, wunderten sie sich, ließen von ihm ab und gingen davon.

---

### Einleitung

Die Begebenheit, von der unser heutiger Predigttext berichtet, war ein Teil der Reibereien zwischen den jüdischen Parteien und Jesus, insbesondere der Partei der Pharisäer. Sie versuchten, Jesus in seiner Rede zu fangen, um etwas gegen ihn in der Hand zu haben und Anklage gegen ihn erheben zu können. Die Pharisäer verfolgten bekanntlich das Ziel, sich von allem Unreinen und Heidnischen abzusondern. Dazu war ihnen die Frage, wie sich denn ein Jude gegenüber der heidnischen römischen Besatzungsmacht verhalten sollte, gerade recht. Wenige Jahrzehnte zuvor hatte ein gewisser Judas aus Galiläa gelehrt, die Juden dürften keine Steuern an die Römer zahlen. Er trennte sich von den Pharisäern und begründete die Widerstandsbewegung der Zeloten, der Eiferer für die jüdische Unabhängigkeit. Mit anderen Worten, die Frage nach dem Verhältnis zu den Römern stand bei den frommen Juden in der Diskussion.

Die Pharisäer schickten ihre Schüler und Ziehsöhne vor, zusammen mit einigen Parteigängern des Herodes. Diese wandten sich an Jesus, indem sie ihn zunächst mit schönen Worten umschmeichelten: „Meister, wir wissen, daß du wahrhaftig bist und lehrst den Weg Gottes recht und fragst nach niemand; denn du achtest nicht das Ansehen der Menschen.“ Die Worte mögen in der Sache richtig sein, denn Jesus scheute sich nicht, Gottes Wort in aller Klarheit zu sagen und auch keine Rücksichten auf Menschen zu nehmen. Doch dann kam die Fangfrage: „Ist's recht, daß man dem Kaiser Steuern zahlt, oder nicht?“ Das Verhängliche an dieser Frage war, daß sie Jesus in eine Art Zwickmühle brachte. Bejahte er die Steuerzahlung an den Kaiser, dann mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, die heidnische Herrschaft über das Volk Gottes gutzuheißen. Dann wäre er sowohl bei den Pharisäern als auch bei den Frommen im Lande durchgefallen, dann hätte er bei ihnen jeglichen Kredit verspielt. Verneinte er die Frage, dann hätten die Pharisäer einen Grund gehabt, ihn bei der römischen Obrigkeit anzuzeigen, und man hätte ihm wegen Anstiftung zum Aufruhr den Prozeß machen können. Auf diese Weise hätten die Pharisäer erreicht, daß Jesus mit dem Schein des Rechts beseitigt worden wäre, und das war ja immer auch eines ihrer Ziele. Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß die Bosheit der Juden auch darin ihren Ausdruck fand, daß sie, als sie Jesus den Prozeß machten, ihn fälschlich beschuldigten mit den Worten: „Wir haben gefunden, daß dieser

unser Volk aufhetzt und verbietet, dem Kaiser Steuern zu geben, und spricht, er sei Christus, ein König“ (Lk 23, 2). Falschaussagen vor Gericht sind also nichts Neues.

Jesus durchschaute die Durchtriebenheit seiner Gesprächspartner. Wir lesen: „Als nun Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich?“ An diesem Wort zeigt sich, daß Jesus tatsächlich keine Ansehung der Person kannte, sondern den jungen Männern ihre Bosheit vorhielt. Er nannte sie Heuchler, weil sie vorspielten, sie würden ihm eine ernstgemeinte Frage stellen, doch in Wirklichkeit stellten sie ihm eine Falle, mit der sie ihn zu fangen beabsichtigten. Mit seinen Worten stellte Jesus klar, um was es in dem Gespräch wirklich ging und demaskierte zugleich seine Gesprächspartner.

Jesus gab seinen Gesprächspartnern eine Antwort auf ihre Fangfrage. Dabei drehte er den Spieß um und bat sie, ihm eine Steuermünze zu zeigen. Man muß wissen, daß der Gebrauch der Steuermünze bedeutete, daß man den Kaiser und sein Reich grundsätzlich bejahte, mithin also den Kaiser als legitimen Herrn anerkannte und seine Administration guthieß. Vermutlich wußte Jesus, daß die Pharisäer sich den politischen Gegebenheiten anpaßten und ihre Steuern an die römische Verwaltung zahlten. Die Steuermünze mit dem Bild und der Inschrift des Kaisers war ja ein Zeichen dafür, daß dort, wo sie gebraucht wurde, wo sie als Währung galt, der Kaiser regierte. Als die Gesprächspartner Jesu ihm eine Steuermünze zeigten, stellte Jesus ihnen die Frage: „Wessen Bild und Aufschrift ist das?“ Jene mußten zugeben, daß es Bild und Aufschrift des Kaisers waren. Daraufhin äußerte Jesus die bekannten Worte: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“

Jesus gestand damit dem heidnischen und götzengläubigen Kaiser das Recht zu, Steuern zu erheben, und zwar auch vom jüdischen Volk. Denn die Infrastruktur des Reiches, sein Rechtssystem und seine militärische Gewalt sorgten auch im jüdischen Land für relative Ruhe und Ordnung. Darum war es billig, daß die Juden das Recht des Kaisers, der Obrigkeit, Steuern zu erheben, respektierten. Das sollte gelten unabhängig von der Frage, wie gut oder religiös die Obrigkeit dachte. Wir vergessen dabei auch nicht, daß die römischen Caesaren göttliche Verehrung beanspruchten und dem Gott der Juden und Christen keineswegs sympathisch gegenüberstanden.

Die Antwort Jesu zeigt des weiteren, daß sein Reich nicht von dieser Welt ist. Es ging und geht ihm nicht darum, das Reich Gottes hier und jetzt zu errichten. Das bedeutete für die Pharisäer und das jüdische Volk, daß das Reich Gottes nicht als politische Größe in der Entmachtung und Vertreibung der Römer zustandekommen würde. Es würde kein irdisches Reich sein für das jüdische Volk mit Jerusalem als Hauptstadt, sondern ein Reich ganz anderer Art, eben ein solches vom Himmel her.

Nun müssen wir die Frage stellen, was diese Aussage Jesu für uns bedeutet. Sie formuliert ja einen Grundsatz, der für die politische Ethik von grundlegender Bedeutung ist. Dieser Grundsatz findet in der Lehre von den zwei Regimenten bei Luther seine theologisch-ethische Ausgestaltung. Wir fragen daher: Was gehört dem Kaiser und was gehört Gott?

## **1. Was gehört dem Kaiser**

Als der spätere Brandstifter und Christenverfolger Nero Kaiser war, schrieb der Apostel Paulus an die Römer: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott an-

geordnet“ (Röm 13, 1). Das heißt, daß menschliche beziehungsweise weltliche Obrigkeit nicht von Menschen erfunden wurden, sondern von Gott. Gott selbst stiftet Obrigkeit, und das auch dann, wenn Menschen meinen, sich auf dem Wege demokratischer Wahlen eine Obrigkeit zu geben. Keineswegs hatte die frühere feudale Ordnung das Gottesgnadentum für sich abonniert, sondern genauso, wie seinerzeit Könige und Fürsten herrschten, so heute mit demselben Recht demokratisch gewählte Amtsträger. Obrigkeit als solche ist „von Gott“, weil der Mensch Sünder ist und die menschliche Sünde ohne obrigkeitlich verfügtes und geschütztes Recht ins Chaos stürzen würde. Die Menschen würden sich gegenseitig ermorden, betrügen, bestehlen, verleumden und vieles mehr. Deshalb ist selbst eine nichtchristliche Obrigkeit besser als gar keine Obrigkeit. Die Obrigkeit hat also das Mandat, das Recht durchzusetzen, indem sie die Guten schützt und die Bösen bestraft.

Die Tatsache, daß Gott Obrigkeit anordnet, ermächtigt die Obrigkeit nicht, nach Gutdünken Gesetze zu erlassen. Sie untersteht einer höheren Ordnung. Wir können die höhere Ordnung nicht in den sogenannten Menschenrechten sehen, so sehr gegen die bekannten Menschenrechte inhaltlich nichts einzuwenden ist. Die Menschenrechte lassen sich nicht eigentlich begründen. Sie entspringen einem allgemein-menschlichen Empfinden. Das ist zwar nicht falsch, aber es reicht nicht als Begründung aus, weil man damit beim Menschen bleibt. Nur eine höhere Instanz kann wirklich die Gewähr bieten, ein für den Menschen nützlich und brauchbares Recht zu begründen. Gott ist der Schöpfer und sein Sohn Jesus Christus der Herr der Welt. Gott aber hat sein Recht offenbart, und wir tun gut daran, dies zu respektieren und auf Gottes Gebote zu achten. Im anderen Fall laufen wir Gefahr, Gesetze zu machen, die an der Wirklichkeit vorbeigehen, sie vergewaltigen oder mißbrauchen. Das Recht ist Gottes Recht.

Als der jüdische König Josaphat seine Regierung antrat, machte er folgendes: „Und er bestellte Richter im Lande in allen festen Städten Judas, Stadt für Stadt, und sprach zu den Richtern: Seht zu, was ihr tut! Denn ihr haltet Gericht nicht im Namen von Menschen, sondern im Namen des HERRN, und er ist bei euch, wenn ihr Recht sprecht. Darum laßt die Furcht des HERRN bei euch sein, haltet und tut das Recht; denn bei dem HERRN, unserm Gott, ist kein Unrecht, weder Ansehen der Person noch Annehmen von Geschenken“ (2Chron 19, 5-7). Es ist ein biblisches Prinzip, daß das Recht die oberste Instanz ist. Der schottische presbyterianische Theologe Samuel Rutherford (1600-1661) formulierte den Grundsatz „Lex, rex“, das Gesetz ist König. Er wurde deswegen von der englischen Krone des Aufruhrs verdächtigt. Aber bitte: Auch ein König ist ein Mensch und steht unter Gott und unter dem Gesetz Gottes. Das gilt für alle, die in irgendeiner Form Regierungsverantwortung tragen. Das sollten diese sich dick hinter die Ohren schreiben, denn jeder, der Macht hat, steht in der Versuchung seine Macht zu mißbrauchen oder gar sich selbst absolut zu setzen.

Das Prinzip *lex rex* sehe ich am ehesten im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat verwirklicht, vorausgesetzt, Obrigkeit und Bürger bejahen und tragen das damit verbundene Recht. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es nicht eine Dynastie, die das Recht auf die Gesetzgebung hat, oder eine sich selbst stabilisierende Elite oder eine Einparteienherrschaft, sondern der Bürger bestimmt in freier und geheimer Wahl, wer regiert. Wird das Recht gebrochen und der Staat tut nichts dagegen, oder begeht gar die Regierung Rechtsbruch, dann schwindet das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Rechtsunsicherheit macht sich breit und öffnet dem Verfall des Rechts die Tür. Als die EU die einmal als geltendes Recht verfügten Maastricht-Kriterien brach, schwand das Vertrauen in sie. Man kann nicht mit Rechtsbruch oder Unrecht auf Dauer regieren, und eine Regierung, die ihn begeht, verdient es, abgewählt zu werden.

Für den Bürger gilt, was Paulus an die Römer schreibt: „Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt“ (Röm 13, 5-7). Wir leben in einer demokratischen Ordnung. Wir müssen nicht mehr vor Königs- oder Fürstenthronen erzittern, sondern haben das Recht, die Menschen, denen wir vertrauen, in politische Ämter zu wählen und sie im gegebenen Fall auch abzuwählen. Wir haben rechtliche Instanzen und Institutionen, um unser Recht einzuklagen und dem Recht zum Sieg zu verhelfen. Aber wie auch immer die Regierung beschaffen sei – Gottes Wort gebietet, Steuern zu zahlen und Amtsträger zu respektieren.

## 2. Was gehört Gott?

„Gebt Gott, was Gottes ist“ sagt Jesus. Was gehört ihm denn? Wir bedenken: Gott ist der allmächtige Gott, die höchste Instanz im Himmel und auf Erden. Er ist der Schöpfer aller Dinge und er erhält seine Schöpfung. Er gibt das Leben und was der Mensch zum Leben braucht. Er braucht keine Steuern und Abgaben, geschweige denn Speisopfer oder Trankopfer. Er muß nicht mit Opfergaben gnädig gestimmt werden. Er hat überdies in seinem Sohn Jesus Christus die Menschen mit sich selber versöhnt. Er hat alle Macht seinem Sohn Jesus Christus gegeben. Ihm sind schlußendlich alle Menschen verantwortlich, denn er wird sichtbar wiederkommen und Lebende und Tote richten. In Christus ist Gott König, denn Christus hat als Nachfahre Davids und legitimer Herr des jüdischen Königshauses das Recht, über die Welt zu herrschen. Gott hat ihm nicht nur die Macht über das jüdische Volk gegeben, sondern über alle Völker (Psalm 2, 8). Ihm ist alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben. Er hat damit das Recht und die Macht, auch hier auf Erden zu herrschen. Doch wie verhält es sich mit seinem Recht, seiner Macht und seinem Reich? Damit komme ich zu der praktischen Frage: Was schulden wir Gott? Was sollen wir ihm geben? Was können wir ihm geben?

Indem Gott uns sein Wort, sein Gesetz verkündigen läßt, will er, daß wir unsere Sünden erkennen und bekennen. Er will, daß wir wahrhaftig werden vor ihm. Mit anderen Worten: Das Erste, was wir ihm geben können, ist, ihm Recht zu geben in seinem Urteil. Sodann: Indem Gott uns sein Evangelium verkündigen läßt, möchte er, daß wir ihm glauben. Er gibt dem Glauben einen sicheren Grund dadurch, daß er sich in der Geschichte offenbart hat, daß er über Jahrtausende hinweg seine Treue zu seinem Wort bewiesen hat. Er möchte, daß wir unser Vertrauen auf ihn und seine Zusagen setzen. Dabei spricht er uns im Evangelium seine Gerechtigkeit zu, so daß wir durch den Glauben an Christus und seinem Reich teilhaben. Mit anderen Worten, wir ehren Gott, indem wir seinen Zusagen vertrauen. Auch damit geben wir ihm Recht, wir verlassen uns auf ihn, wir geben uns ihm hin, und wir geben ihm damit, was ihm gehört.

Schließlich werden wir unter diesen Vorgaben auch das tun, was Paulus an die Römer schreibt: „Ich ermahne euch nun, liebe Brüder, durch die Barmherzigkeit Gottes, daß ihr eure Leiber hingebt als ein Opfer, das lebendig, heilig und Gott wohlgefällig ist. Das sei euer vernünftiger Gottesdienst. Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, damit ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene“ (Röm 12, 1-2). Hier also spricht Paulus von einem Opfer, das die Christen Gott bringen: Sie geben sich selbst in den Dienst Gottes, und zwar nicht nur im Geist, im guten Willen, sondern im Leib, das heißt mit der Tat. Sie tun es deswegen, weil sie Gottes Barmherzig darin erkannt haben und

täglich erfahren, daß sie in Christus gerechtfertigt sind, daß Gott ihnen ihre Sünden vergibt und weil sie durch den Glauben Gottes Kinder und Erben sind. Paulus hat einige Kapitel zuvor – in Römer 6 – deutlich gemacht, daß alle, die getauft sind, in den Tod Christi hineinversetzt worden sind und in ihm als ihrem Stellvertreter zugleich auferstanden sind. Sie leben nun nicht mehr für sich selbst, für ihre eigenen, gottlosen Ziele. Sie handeln nicht mehr aus dem Unglauben heraus, sondern aus dem Glauben, daß sie in Christus Gott gehören. Und sie geben Gott, was ihm gehört. Praktisch heißt das: „So laßt nun die Sünde nicht herrschen in eurem sterblichen Leibe, und leistet seinen Begierden keinen Gehorsam. Auch gebt nicht der Sünde eure Glieder hin als Waffen der Ungerechtigkeit, sondern gebt euch selbst Gott hin als solche, die tot waren und nun lebendig sind, und eure Glieder Gott als Waffen der Gerechtigkeit“ (Röm 6, 12-13). Also: Die Zunge nicht für die Lüge und Lästerung, die Hand nicht für den Diebstahl oder Gewalt, die Sexualität nicht für Unzucht und Ehebruch und den Bauch nicht für Völlerei und Ausschweifung. Der Christ gibt Gott, was Gott gehört, indem er das Rechte tut und Gottes Gaben nach dessen Willen gebraucht. Dazu gehört auch, daß er der Obrigkeit untertan ist.

Indem Jesus der Christus ist, der König aller Könige und Herr aller Herren, tritt er in Konkurrenz zu allen, die sich als Heilsbringer und Messias unter den Menschen feiern lassen. Wir bedenken dabei, daß es in der Natur des Menschen liegt, sich zum Maß aller Dinge zu machen. Das galt nicht nur von den antiken Caesaren und den absolutistischen Königen, sondern in dieser Versuchung stehen auch die Parteigrößen jeder Couleur in der Gegenwart, die Ministerpräsidenten und Kanzler, die Staatschefs und Parteivorsitzenden, die Abgeordneten und alle, die mit der Gesetzgebung und Rechtsprechung zu tun haben. Wir kommen damit zurück zu dem Wort Jesu, „... gebt Gott, was Gottes ist.“ Das gilt eben auch allen menschlichen Machthabern. Wir müssen das heute umso mehr betonen, als besonders linksgrüne und mainstreamverfallene Politiker behaupten, Religion habe mit Politik nichts zu tun. Ihre meist atheistische oder materialistische Weltanschauung solle in der Öffentlichkeit gelten. Ob sie es wahrhaben wollen oder nicht: Christus ist trotzdem der Herr und sie werden sich vor ihm verantworten müssen. Ausdrücklich fordert die Schrift die Könige und Richter auf Erden auf, Christus zu ehren (Ps 2, 10-12). Das aber bedeutet, daß Gottes Gebote und nicht länger menschliche Wohlfühlillusionen zur Maßgabe der Politik werden.

## Schluß

Wir haben uns Rechenschaft darüber abgelegt, was das Wort Jesu „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ bedeutet. Wir erkennen einerseits den weltlichen Aspekt dieses Worten und andererseits den geistlichen. Wir sehen, wie Jesus die beiden Reiche Gottes, das zur Linken, das weltliche Reich, und das zur Rechten, das geistliche, unterscheidet. So sehr Gott die weltliche Obrigkeit mit Autorität bekleidet und sie schützt, so wenig ist diese autonom und kann nach Gutdünken verfügen, was sie will. Über allem also steht Gott, der in Christus die Herrschaft über diese Welt übernommen hat und nach seinem Willen oder Zulassung über die Welt regiert. Dieses zu respektieren heißt, Gott zu geben, was ihm gehört.

Amen.